Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 1/2 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstrasse 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 1/2 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 493. **Mittwoch** den 27. September 1893. 87. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
betreffend Wasserversorgung von Stötteritz.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 1. August d. J. zu Ic 4034 bringen wir hierdurch zur Kenntniß der Grundstücksbesitzer zu Stötteritz, daß wir nunmehr mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten beschlossen haben, die Pauschsätze für Herstellung einer Anbohrung vom Straßenrohre bis zur Grundstücksgrenze auf 100 ℳ bei 24 mm lichter Weite und 128 ℳ bei 35 mm lichter Weite zu ermäßigen für den Fall, daß Anmeldungen zum Anschlusse und Hinterlegung der Caution rechtzeitig erfolgen. Dies wird nach dem Stande der Arbeiten als gesichert zu erachten sein, wenn der Antrag auf Herstellung der Anbohrung bis längstens Mittwoch, den 4. October d. J., Nachmittags 6 Uhr bei der Geschäftsstelle des Wasserwerks zu Reudnitz, Marquardtenstraße 8, eingereicht und der Cautionsbetrag bis spätestens Sonnabend, den 7. October, Nachmittags 4 Uhr bei der Casse des Wasserwerks, Thomaskirchhof 18, hinterlegt sein wird. Bei Versäumniß der angegebenen Frist treten die höheren Pauschsätze von 125 bez. 160 ℳ in Kraft.

Denjenigen Grundstücksbesitzern, die bis zum Erlasse dieser Bekanntmachung ihre Anträge bereits gestellt und vorläufig die höheren Pauschsätze hinterlegt haben, werden bei Abrechnung die ermäßigten Sätze in Rechnung gestellt werden.

In allen Fällen ist neben den genannten Pauschsätzen ein Beitrag von 15 ℳ bei 24 mm lichter Weite und von 20 ℳ bei 35 mm lichter Weite für Fortsetzung der Leitung von der Grundstücksgrenze bis zum Anschluß an die innere Anlage zur Berechnung nach Selbstkosten zu hinterlegen.

Leipzig, den 26. September 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic 4818. Dr. Georgi. Lichtenau.

Bekanntmachung.

Wir haben die Fortsetzung der Rochstraße von der Kreuzung mit der Arndtstraße bis an die südliche Grenze des Grundstückes Rochstraße Nr. 25 in das Eigenthum und die Verwaltung der Stadtgemeinde übernommen.

Leipzig, den 21. September 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic. 4662. Dr. Georgi. Rß. Dr. Redlich.

Bekanntmachung.

Die von der Lagerhofverwaltung am 5. Februar 1889 bez. am 25. Februar 1890 ausgestellten, auf Herrn Louis Klinger in Leipzig lautenden Lagerscheine

Nr. 1584 über 6 Kisten und 2 Packen Gemälde und Stellagen, grz. 612/14, 616/18, 621/22, gew. 776 kg, und
Nr. 4790 über 2 Kisten Gypsabgüsse, grz. G. E. 141/42, gew. 400 kg,

sind bei uns als verloren gegangen angezeigt worden.

Wir fordern die etwaigen Inhaber der Lagerscheine hierdurch auf, sich mit denselben binnen 3 Monaten und spätestens bis zum

27. October 1893

bei Verlust jeglichen Anspruchs an die Lagerhofverwaltung, in der Lagerhof-Expedition zu melden. Erfolgt keine Meldung, so werden die Lagerscheine für erloschen und unwirksam erklärt und neue ausgefertigt werden.

Leipzig, den 20. Juli 1893.

Lagerhof der Stadt Leipzig.
B. Michael.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von jetzt ab die **Expedition der Andreasgemeinde**, sowie die **Wohnung** des unterzeichneten Pfarrers und diejenige des Herrn Diakonus **Teichgräber in dem neu errichteten Pfarrhause** gegenüber der neuen Andreaskirche sich befindet.

Die Wohnung des Herrn Subdiakonus Schmidt ist vorläufig noch Arndtstraße 28, 3. Etage.

Leipzig, den 26. September 1893.

Das Pfarramt der Andreasgemeinde.
Dr. ph. Schumann, P.

Verlegung des Postamts Leipzig-Volkmarsdorf.

Am 1. October, 8 Uhr Morgens, wird das Postamt **Leipzig-Volkmarsdorf** nebst Telegraphenanstalt aus den bisherigen Diensträumen (Erisbethstr. 12) nach dem Neubau **Idastraße 36** verlegt.

Leipzig, 24. September 1893.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
Geheime Ober-Postrath Walter. M.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 30. September c., von Vormittags 10 Uhr an soll im Geschäftszimmer des Proviantamts zu Leipzig, Vierrenhaus, Thurmhaus 2. Stock, eine Partie **Roggenkleie, Schrumpfmehl und altes Brotbrod** öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Leipzig, am 27. September 1893. **Königliches Proviant-Amt.**

Zur Eröffnung des bayerischen Landtags.

88. Während man in **Preußen, Sachsen, Baden** und **Hessen** zu den Wahlen zu rüsten beginnt, tritt der gleichfalls in diesem wahlengesegneten Jahre neu zusammengesetzte bayerische Landtag zu einer Budgetsession zusammen. Sehr verschieden von seinen Vorgängern seit 25 Jahren. In der Münchner Kammer wird zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert keine Centrumsmehrheit ihren bald pfäffischen, bald radicalen Terrorismus ausüben, und zum ersten Mal, seit es eine Socialdemokratie giebt, werden Vertreter dieser Partei, und zwar gleich fünf an der Zahl, in Bayern ein Abgeordnetenmandat ausüben. Die ultramontane Presse hat, beiläufig bemerkt, großen Lärm geschlagen über den Entschluß der Socialdemokraten, den vorgeschriebenen Abgeordneten-Eid zu leisten. Es war dies wenig geschmackvoll und noch weniger ehrlich. Einmal haben schon sehr viele bayerische Socialdemokraten einen politischen Eid geschworen, denn nur wer die Ableistung des Verfassungseides nachweist, kann sein Wahlrecht zum Abgeordnetenhause ausüben. Sodann: der ultramontane Herr Fusangel candidirt zum preußischen Landtag und wird voraussichtlich gewählt werden. Dieser Herr gab vor gar nicht langer Zeit seine Ansicht über die dem Landesherrn und dem Heimathsstaat schuldige Treue dahin kund, ein Rheinländer, der preußisch gesinnt sei, verdiene dieselbe „Achtung" wie ein russischer Pole, der ein guter Russe sei. Wenn nun die preußische Verfassung einem Abgeordnetenrit vorschriebe, würde ihn Herr Fusangel etwa nicht leisten? Und wenn weiter die Reichstagsabgeordneten schwören müßten, würde das Centrum auf die Unterstützung socialdemokratischer Gegencandidaten von Nationalliberalen und Freiconservativen verzichten, um ihren Cartel- oder Anticartelbrüdern einen Gewissensconflict zu ersparen? Diese Anzapfung der socialdemokratischen Abgeordneten bewegt sich ganz auf dem geistigen Niveau, auf dem sich die Centrumsfraction des bayerischen Landtags von jeher befunden hat, und gewährt eine gewisse Bürgschaft dafür, daß sie in dem neuen Landtag ihre Vorgängerinnen nicht beschämt, was übrigens, nach der klerikalen Candidatenliste zu schließen, auch gar nicht beabsichtigt war.

So weit man bis jetzt urtheilen kann, tritt das Centrum mit einem großen geistigen Deficit in die Kammer, das hervorgerufen ist durch das Nichtwiedererscheinen des Frhrn. v. Ow, des langjährigen vortrefflichen Kammerpräsidenten. An seiner Stelle soll die Partei Herrn Dr. Orterer vorzuschlagen gedenken. Er würde in diesem Falle wohl gewählt werden, da das Centrum als die noch immer stärkste Partei unzweifelhaften Anspruch auf die Nominirung des ersten Vorsitzenden hat. Entgegengesetzte Ansichten in der bayerischen Presse sind neuerdings verstummt. Die Wahl des Präsidenten ist auch von untergeordneter politischer Bedeutung, sehr zum Unterschied von den Wahlen in die Ausschüsse, namentlich in den Finanzausschuß. In den letzten Legislaturperioden war mit dem sachlichen auch der politische Schwerpunct in den Finanzausschuß verlegt, und die Referenten für den Etat des Cultus- und Unterrichtsministeriums, die Ritter, Daller u. s. w., versuchten nicht ohne jeden Erfolg Gambetta zu copiren, der als Vorsitzender des Budgetausschusses der Deputirtenkammer einen sehr starken Einfluß auf die Verwaltung ausübte. Mit der Herabdrückung der Plenarverhandlungen durch die nichtöffentlichen und ungebührlich langen Ausschußverhandlungen soll künftig gebrochen werden, da man in den vom Centrum abgefallenen klerikalen Wahlkreisen mit dieser Praxis besonders unzufrieden war, und deren Abgeordnete, sowie nicht minder die Liberalen und Socialdemokraten dem Conventikelreiben abhold sind. Eine große Bedeutung behält aber der Finanzausschuß nach wie vor, und die Wahl seiner Mitglieder und Berichterstatter wird einigermaßen kennzeichnend für die parlamentarische Constellation sein.

Die strengkatholischen „Bauernbündler" sollen vorerst nicht einmal geneigt sein, in Cultusangelegenheiten mit dem Centrum gemeinsame Sache zu machen. Sie erklären sich als kirchenpolitisch „saturirt" und erheben gegen die bisherige Mehrheit den Vorwurf, sie habe das Roß kirchlicher Fragen nur getummelt, um durch das Schauspiel die Wähler zu fesseln. Nun ist das Schauspiel langweilig geworden. Indessen man wird gut thun, auf die Bauernbündler keine großen Hoffnungen zu setzen — namentlich in Schulsachen. An Frugalität der geistigen Lebensweise übertreffen sie womöglich noch die Centrumsleute, und wenn die „Patrioten" schon früher die Abschaffung des siebenten Schuljahres (wohlgemerkt des siebenten, nicht des achten) verlangten, so thaten sie es vorzugsweise den Kreisen zu Gefallen, aus denen jetzt die klerikalen Secessionisten hervorgegangen sind.

Ebenso wenig wie in Unterrichtsangelegenheiten wird man in Reichssachen von den Bauernbündlern bessere Gesinnung und besseren Ton als vom Centrum erwarten dürfen. Vermuthlich wird sich die neugewählte Kammer mit Fragen der Reichspolitik mehr als eine ihrer Vorgängerinnen befassen, und die Nationalliberalen werden in diesem Falle wohl einem von den Socialdemokraten geführten ultramontan-bauernbündlerisch-socialdemokratischen Bundesheer gegenüberstehen. Da der Landtag den bayerischen Heeresetat seiner Berathung und Beschlußfassung unterzieht, wird sich die gern benutzte Gelegenheit bieten, in der bekannten Weise über den Militarismus zu expectoriren. Daß hierbei, wo man auf das außerbayerische Militairgerichtsverfahren, Soldatenmißhandlungen und sociale Uebergriffe von Militairpersonen zu sprechen kommt, auch Wahrheiten mit unterlaufen werden, ist eine Befürchtung, der man wohl mehr, als geschehen, die Begründung hätte entziehen können. Im Ganzen wird voraussichtlich die neue Kammer, obschon die großen Actionen der Staatsmänner Daller, Orterer u. s. w. in Wegfall kommen, die Bevölkerung ebenso enttäuschen wie alle Landtage seit 1869.

Deutsches Reich.

‡‡ **Berlin**, 26. September. Einige Blätter melden, daß die Sonntagsruhe auch auf den Gewerbebetrieb der Photographen ausgedehnt werden solle. Das soll nicht nur, sondern ist bereits geschehen. Unter die Bestimmungen der letzten Gewerbeordnungsnovelle über die Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk fällt auch das photographische Gewerbe. Wenn also die betreffende kaiserliche Verordnung ergangen sein wird, wird auch die Photographie den Sonntagsruhe-Bestimmungen folgen müssen. Für dieselbe werden jedoch Ausnahmen von den allgemeinen Vorschriften erlassen werden können. Denn sie dürfte zu denjenigen Gewerben gehören, deren vollständige oder theilweise Ausübung am Sonn- und Festtagen zur Befriedigung der in diesen Tagen besonders hervortretenden Bedürfnisse gehört. Für alle diese Gewerbe sind die höheren Verwaltungsbehörden zur Gestattung von Ausnahmen berechtigt. Die letzteren werden diese Ausnahmeverordnungen in Preußen auf Grund einer gegenwärtig im Handelsministerium in Bearbeitung befindlichen allgemeinen Anweisung erlassen.

△ **Berlin**, 26. September. Bei dem lebhaften Interesse, welches sich gegenwärtig der Handwerkerfrage zuwendet, erscheint zur rechten Zeit eine kurze gewerbepolitische Studie von Hugo Böttger, das Programm der Handwerker (Braunschweig 1893, Verlag von Limbach). Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, die Handwerkerfrage in ihrer gegenwärtigen Gestalt einheitlich darzustellen, das Wesen der Frage, ihre Geschichte, das Handwerkerrecht, die neuere Gewerbepolitik und die Forderungen der Handwerker zu schildern. In der vorliegenden Schrift werden dargestellt: das Handwerk und seine Verfassung (Geschichte und Rechtsgrundlagen des Handwerks), das Reformprogramm der Handwerker (Geschichte der Handwerkerbewegung, die Forderungen des Handwerks), den Schluß bildet ein Ausblick in die Zukunft. Der Verfasser schließt denselben mit den Worten: „Es sind reiche Mittel überall vorhanden, um dem einzelnen Handwerker wie dem gesammten Stande eine ehrenvolle Stellung zu sichern, es wird nur darauf ankommen, daß die Handwerker und ihre Corporationen schleunigst und ausgiebig von den gegebenen Mitteln Gebrauch machen. Hand in Hand zu gehen hat mit den Bestrebungen der Handwerker, ihre sociale und wirthschaftliche Lage zu heben, eine wohlwollende Fürsorge des Staates und das sorgsamste Interesse der Gesellschaft für das durch die neuere Entwicklung des Gewerbewesens von manchen Stellen bedrohte Handwerk, damit diese kräftigste Stütze des Mittelstandes dem Volke und dem Staatswesen erhalten bleibt."

* **Berlin**, 26. September. Die „Freis. Ztg." hat seit ihrem Bestehen eine Neuerung in der Presse eingeführt: die politische Abonnements-Einladung: je nach den Fragen, welche gerade im Vordergrund der politischen Erörterung stehen, wird der Deutsche beim herannahenden Quartalswechsel aufgefordert, auf die „Freis. Ztg." zu abonniren, um diese oder jene politische Gefahr von Deutschland abzuwenden. Jetzt liest man zu diesem Zweck im neuesten Leitartikel der „Freis. Ztg.":

„Die Tabakvereine handeln verletzt, wenn sie glauben, bei den Regierungen noch etwas ausrichten zu können. Nicht mehr auf die Regierungen, sondern allein auf den Reichstag kommt es jetzt an. Petitionen an den Reichstag im Ganzen aber tragen nur dazu bei, die Papierkörbe zu füllen. Man muß die einzelnen Reichstagsabgeordneten auf das Korn nehmen, insbesondere solche, die nach ihrer Parteistellung einer Erhöhung der Tabaksteuerung geneigt sind oder in dieser Hinsicht noch zu den unsicheren Cantonisten zählen. Darunter sind alle Conservativen, Freiconservativen, Nationalliberalen, Antisemiten und Wilden zu rechnen. Auf die Abgeordneten solcher Parteien wirke man nicht blos durch Eingaben, sondern auch durch die Presse und durch Versammlungen. Namentlich sind Versammlungen von Nutzen in Wahlkreisen, welche durch Abgeordnete der genannten Richtungen vertreten werden. Zur Veranstaltung solcher Versammlungen müssen die Tabakinteressenten den Anschluß suchen an politische Parteien, welche die Erhöhung der Tabaksteuerung bekämpfen wollen. Die Freisinnige Volkspartei verwirft solche erhöhte Besteuerung. Die „Freisinnige Zeitung" hat 1886 mehr als irgend eine andere Zeitung zum Scheitern des Branntweinmonopolprojects beigetragen. Finanzminister v. Scholz quittirte der Zeitung darüber ausdrücklich in öffentlicher Reichstagssitzung. Die „Freisinnige Zeitung" wird ihre ganze Kraft daran setzen, den Miquel'schen Consumption zu Falle zu bringen. Die „Freisinnige Zeitung" ermöglicht ein einheitliches politisches Vorgehen in engster Fühlung mit der parlamentarischen Freisinnigen Volkspartei.

Darum, Ihr Steuerzahler, unterstützt die eigene Sache, indem Ihr für die Verbreitung der „Freisinnigen Zeitung" sorgt, insbesondere auch ihre Verbreitung fördert in allen öffentlichen Localen, Lesezimmern und Wirthschaften."

Der Dichter der „Geldenen 110", bemerkt hierzu die „Nat.-Ztg.", der nur den Inseratentheil der Zeitungen zur Verfügung hat, wird diesen Leitartikel gewiß mit Neid lesen.

Y. **Berlin**, 26. September. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vernimmt, daß der Verlauf der nunmehr abgeschlossenen Berathungen der **Tabaksteuer-Kommission** als befriedigend zu bezeichnen ist. Es sei zu erwarten, daß der ausgearbeitete Gesetzentwurf die Zustimmung des Bundesrathes finden werde. Die Besteuerungsart wolle nicht in die bisherige Art der Production und des Handels eingreifen, lehne sich vielmehr durchaus an die Formen derselben an. Insbesondere soll die Hausindustrie erhalten bleiben, sowohl wo die Arbeiter im Haus für Fabriken arbeiten, als auch da, wo die Unternehmer mit wenigen Personen für eigene Rechnung Tabakfabrikate herstellen und vertreiben. (Vgl. unten unter Mannheim. Red.)

— Den „Münch. Neuest. Nachr." wird neuerdings aus Kissingen telegraphirt, daß der directe Depeschenverkehr zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck sich auf das Günser Telegramm und die Antwort beschränkte.

— Die Freisinnige Vereinigung beschloß, ein Wahlcomité zu bilden mit dem Auftrage, eine Vereinbarung mit der Volkspartei zu gemeinsamem Vorgehen anzubahnen, welche der Freisinnigen Vereinigung einen angemessenen Antheil an der freisinnigen Vertretung Berlins sichere. Als Candidaten wurden, dem „Hamburg. Corr." zufolge, vorgeschlagen: Commerzienrath Frenzel, Malower, Lehrer Tews und Kammergerichtsrath Schröder.

— Die Conferenz über die Weinsteuer ist nach der „Voss. Ztg." beendet. Dagegen hat die Tabaksteuerconferenz ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen.

— Im Justizministerium ist man, dem Vernehmen der „N.-Z." nach, auch mit Vorarbeiten für die Beseitigung einzelner Mängel der Civilproceßordnung, z. B. im Zustellungswesen, beschäftigt. Ueber die Aussichten des auf die Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern bezüglichen Reformplanes des Justizministers herrscht noch Ungewißheit. Es gilt als wahrscheinlich, daß das Staatsministerium sich für die Einbringung einer Vorlage wegen Einführung der Berufung im Bundesrath erklären wird; es bestehen aber lebhafte Zweifel an der Richtigkeit der Berechnung, wonach die Kosten für Preußen sich auf jährlich 500—600 000 ℳ belaufen sollen; sie werden von anderer Seite viel höher veranschlagt.

— Herr v. Egidy theilt mit, daß die Meldung, er werde sich in Wiesbaden um ein Landtagsmandat bewerben, unrichtig ist.

* **Hamburg**, 26. September. (Telegramm.) Ein großer Tumult hat auf St. Pauli stattgefunden. Die Volksmenge nahm eine drohende Haltung gegen die Polizei ein, welche einen Excedenten verhaften wollte. Einem Schutzmann wurde der Brustkasten eingetreten. 8 Personen wurden wegen Aufruhrs verhaftet. — Bezug nehmend auf den Wunsch der „Allg. Ztg.", es möge eine Form gefunden werden, die Meinung des alten Kanzlers über wichtige Fragen der auswärtigen und inneren Politik einzuholen, schreiben die „Hamb. Nachr.":

„Diese Form zu finden, würde jedenfalls nicht leicht sein; namentlich käme die Schwierigkeit in Betracht, daß Fürst Bismarck von dem Momente ab, wo er einwilligte, der Berather der jetzigen Regierung zu sein, in den Augen der Welt moralisch für Alles mit verantwortlich wäre, was die jetzigen Staatsmänner thäten, ohne andererseits die Macht zu haben, Mißgriffe zu verhüten. Daß sich Fürst Bismarck zur Uebernahme einer derartigen Stellung entschließen würde, möchten wir nach unserer Kenntniß seiner Anschauungen bezweifeln."

* **Posen**, 25. September. Die vom König vollzogene Bestätigung der Wahl des bisherigen Ober-Präsidialrathes Dr. von Dziembowski zum Landeshauptmann der Provinz Posen ist heute eingetroffen.

* **Kissingen**, 25. September. Der „Hambg. Corr." meldet von hier: Fürst Bismarck hütet wegen rauher Witterung das Zimmer. Generaladjutant Graf Lehndorff ist, nachdem er gestern lange beim Fürsten war, heute Nachmittag mit dem Grafen Herbert Bismarck und dem Grafen Rantzau abgereist.

* **Mannheim**, 25. September. Die „Süddeutsche Tabakzeitung" theilt die Grundzüge des der Ministerialconferenz vorliegenden Tabaksteuerentwurfs mit: Die Banderolensteuer wurde fallen gelassen. Der Facturawerth, richtiger die Umsatzsteuer, wird gefordert, für Cigarren 40 Procent, für Schneidfabrikate 100 Procent vom Werthe. Die Inlandsteuer wird beseitigt, die Ueberwachung der Inlandslager aufgehoben, der Zoll auf 45 ℳ für den Doppelcentner herabgesetzt. Dafür Rückvergütung der Steuer und des Zolls für Tabakvorräthe und Fabrikate um die spätere Differenz gegen die heutigen Sätze. (F. Z.)

* **Stuttgart**, 24. September. Zufolge eines vom königlichen Consistorium gestellten Strafantrags hatte sich der verantwortliche Redacteur des „Beobachters", Karl Schmidt, wegen Beleidigung der evangelischen Pfarrer des Landes vor der Strafkammer zu verantworten. Die Anklage fand die fragliche Beleidigung in einem Leitartikel des „Beobachters" vom 27. Mai d. J. mit der Aufschrift: „Der Oekonomierath", in dem es hieß: Man erinnert sich noch sehr wohl, daß im Jahre 1887 (nämlich gelegentlich der sog. Septennatswahlen für den Reichstag) den Pfarrern, Förstern, Professoren und sonstigen Regierungsbeamten die Aufgabe oblag, das Volk umzulügen u. s. w. Nach etwa einstündiger Verhandlung wurde festgestellt, daß zwei der Richter mit Geistlichen nahe verwandt, bezw. verschwägert, somit gemäß §. 22 der Str.-P.-O. in diesem Falle von der Ausübung des Richteramts auszuschließen seien. Die Verhandlung wurde behufs anderer Besetzung der Strafkammer vertagt.

(Schw. Mercur.)

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 26. September. Der Kaiser ertheilte dem deutschen Generalconsul in Triest, Legationsrathe Pritsch, das Exequatur. — Kaiser Wilhelm ist heute früh kurz nach 8 Uhr in Hetzendorf eingetroffen und von dem Kaiser Franz Josef, welcher die Uniform seines preußischen Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments angelegt hatte, am Bahnhofe empfangen worden. Die Monarchen reichten sich die Hände und küßten sich zweimal. Kaiser Wilhelm hatte sich jeden offiziellen Empfang verbeten. Auf dem Bahnhofe war auch der Oberstjägermeister Graf Abensperg-Traun erschienen, in dessen Begleitung sich Kaiser Wilhelm alsbald nach der Ankunft in Schönbrunn trotz des Regens auf die Pürsche nach dem Thiergarten in Lainz begab. — Im Auftrage des deutschen Kaisers wurde auf den Sarg des verewigten Kronprinzen Rudolf ein prächtiger Kranz niedergelegt. — Bei den Nachforschungen anläßlich der hiesigen Anarchistenverhaftungen stellte die Pester Polizei fest, daß der berüchtigte Anarchist Keurt im Vorjahr und letzten Frühjahr in Pest gewohnt hat. Die verhafteten Anarchisten beobachten in der Untersuchung die äußerste Zurückhaltung und verweigern rundweg jedwede Auskunft, die ihre Genossen compromittiren könnte, und gestehen nur zu, was ihnen unwiderleghar nachgewiesen wird. — Die hiesige socialdemokratische Partei hielt gestern eine große Versammlung ab, in welcher die Redner das anarchistische Bombencomplot als künstlich angestiftet und die Theilnehmer an demselben als bezahlte Werkzeuge bezeichneten. Die socialdemokratische Partei werde dies beweisen. Die Regierung brauche einen Vorwand, um gegen die Socialdemokratie einzuschreiten, um den Ausnahmezustand auch über Wien zu verhängen. Die Socialdemokratie habe aber mit dem Anarchismus nichts zu thun. Sie wolle weder Gewaltthat, noch Opfer und nur auf friedlichem Wege ihr Recht erreichen. — Der Ministerpräsident Graf Taaffe besichtigte gestern die beschlagnahmten Gegenstände und beglückwünschte den Polizeipräsidenten zu seinem Erfolg.

* **Pest**, 26. September. Nach einer Aeußerung, die Wekerle gestern Abend mehreren Parlamentariern gegenüber machte, wird das Gesetz über die Civilehe wahrscheinlich im Verlaufe des kommenden Monats im Reichstage eingebracht werden.

Frankreich.

* **Paris**, 24. September. Im „XIX. Siècle", das kürzlich die Gesammtsumme der acht letzten russischen Anleihen in Frankreich gab: 3 963 726 000 Frcs., findet man heute genaue Einzelheiten als Belege. Dazu kommen noch die 200 Millionen, welche gegenwärtig aufgenommen werden sollen. Vom 10. December 1888 bis Ende September 1893 macht das 4 163 726 000 Frcs., die sich, wie folgt vertheilen:

1) 10. December 1888	500 000 000	Frcs.
2) 29. März 1889	700 000 000	„
3) 24. Mai 1889	1 211 192 000	„
4) 20. Februar 1890	360 000 000	„
5) 3. April 1890	300 000 000	„
6) 13. August 1890	41 764 000	„
7) 29. Januar 1891	320 000 000	„
8) 15. October 1891	500 000 000	„
Zusammen	3 963 756 000	Frcs.
13. September 1893	200 000 000	„
Vom 10. December 1888 bis 13. September 1893	4 163 756 000	Frcs.

Das radicale Blatt des Herrn Edouard Portalis fügt hinzu:

„Es muß betont werden, daß die vorletzte Anleihe (October 1891) fast unmittelbar auf den Besuch der französischen Seeleute in Rußland folgte und in der Finanzwelt den Namen „Kronstädter Anleihe" erhielt. Gleichermaßen fällt die neue russische Anleihe mit dem Besuch der Russen in Toulon zusammen."

Dafür macht Herr Portalis die hohe Bankwelt verantwortlich, namentlich die Banque de Paris et des Pays-Bas, welche die Emission leitete und sich „eines solchen Mangels an Tact nur deshalb schuldig machen konnte, weil sie mehr